

Landkreis Ebersberg

14. Wahlperiode 2014-2020/SFB/14. SFB-Ausschuss

**Protokoll****14. Sitzung des SFB-Ausschusses mit öffentlichem Teil
am Mittwoch, 21.03.2018 im Hermann-Beham-Saal**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 19:25 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß
Schriftführerin: Gabriele Huber**Anwesend sind:****CSU-FDP-Fraktion**

Jorga, Rolf
Linhardt, Susanne abwesend ab 18:30 Uhr
Matjanovski, Marina
Scheller, Tobias anwesend ab 15:08 Uhr; abwesend ab 17:57 Uhr
Schwaiger, Johann
Will, Renate

SPD-Fraktion

Glaser, Renate, Dr.
Lenz, Günter abwesend ab 18:43 Uhr
Poschenrieder, Bianka

GRÜNE-Fraktion

Kalnin, Vincent
Oellerer, Reinhard Vertretung von Herrn Franz Greithanner

Freie Wähler-Fraktion

Ried, Toni
Seidelmann, Wilfried, Dr.

AG AfD-BP-ödp-parteilos

Garhammer, Franz-Xaver abwesend ab 19:05 Uhr

Abwesend sind:**GRÜNE-Fraktion**

Greithanner, Franz vertreten durch Herrn Reinhard Oellerer

Robert Niedergesäß
Vorsitzender

Gabriele Huber
Schriftführerin

Inhalt:**Öffentlicher Teil**

- TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
- TOP 2 Bürgerinnen und Bürger fragen
- TOP 3 Haushalt 2017; Bericht über das Jahresergebnis 2017
Vorlage: 2017/3072
- TOP 4 Humboldt-Gymnasium Vaterstetten;
Antrag der Schule vom 28.09.2017 auf einen zusätzlichen Veranstaltungsraum im Zuge der Erweiterung
Vorlage: 2018/3090/1
- TOP 5 Umsetzung des Masterplan Schulen;
Erweiterung der Dr.-Wintrich-Realschule Ebersberg
Vorlage: 2018/3110
- TOP 6 Demografiekonzept des Landkreises; Umsetzung der Planungsvariante 3
Vorlage: 2017/3016
- TOP 7 Tätigkeitsbericht der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten 2017
Vorlage: 2018/3094
- TOP 8 Jobcenter Ebersberg; Jahresbericht
Vorlage: 2017/2983
- TOP 9 Stationäres Hospiz für den Landkreis Ebersberg;
Antrag CSU-FDP-Kreistagsfraktion vom 25.10.2017
Vorlage: 2017/3002/1
- TOP 10 Erweiterung des Angebots der Pflegeausbildung im Landkreis Ebersberg;
Antrag CSU-FDP-Kreistagsfraktion vom 25.10.2017
Vorlage: 2017/3003/1
- TOP 11 Gesamtkonzept zur Hilfe für Frauen und Kinder mit Gewalterfahrung;
a) Antrag Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.01.2018
b) Antrag der SPD Kreistagsfraktion vom 13.02.2018
c) Initiative des Frauennotrufs vom 11.12.2017
Vorlage: 2018/3084
- TOP 12 Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 13 Informationen und Bekanntgaben
- TOP 13.1 Finanzierungsvereinbarung Frauenhaus Erding
- TOP 13.2 Investitionskostenförderung der ambulanten Pflegedienste;
Bericht des Runden Tisches
- TOP 13.3 Zweckverband Realschule Vaterstetten;
Protokoll der Sitzung vom 23.11.2017
Vorlage: 2018/3078
- TOP 14 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- TOP 15 Anfragen

Öffentlicher Teil

TOP 1	Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
-------	---

Der Landrat eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Zur Niederschrift der 13. Sitzung des SFB-Ausschusses am 04.10.2017 gibt es einen Einwand. Die betroffenen Beschlüsse zu **TOP 16 ö, Hilfe bei der Suche nach Wohnungen für anerkannte Flüchtlinge und Asylbewerber durch den Landkreis; Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.06.2017** und **TOP 17 ö; Hauswirtschaftliche Fachdienste für ältere Menschen flächendeckend im Landkreis etablieren; Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.06.2017** liegen dem Ausschuss in korrigierter, ausgefertigter Form als Tischvorlage vor.

Herr Neugebauer, Leiter Büro Landrat, erläutert kurz, wie es zu diesem Fehler kam und bedankt sich bei KRin Bianka Poschenrieder für den Hinweis. Das Original sei bereits entsprechend geändert.

Der Landrat stellt die Niederschrift zur 13. Sitzung des SFB-Ausschusses am 04.10.2017 mit den berichtigten Beschlüssen zu TOP 16 und 17 zur Genehmigung.

Die Niederschrift wird genehmigt. KR Günter Lenz nimmt an der Abstimmung nicht teil, weil er zu diesem Zeitpunkt noch nicht Mitglied des Kreistages und dessen Ausschüsse war.

TOP 2	Bürgerinnen und Bürger fragen
-------	-------------------------------

keine

TOP 3	Haushalt 2017; Bericht über das Jahresergebnis 2017
-------	---

2017/3072

1/14/HH/ JE 2017

An der Beratung nahmen teil:

Brigitte Keller, Abteilungsleitun 1, Zentrales und IT

Christian Salberg, Abteilungsleitung 6, Jugend, Familie und Demografie

Frau Keller erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation (Anlage 1 zum Protokoll).

Auf Nachfrage von KRin Renate Will zu den steigenden Kosten der freiwilligen Leistung ‚SaS‘ erklärt Frau Keller, dass in den letzten Jahren aufgrund der erhöhten Transparenz eine positive Entwicklung im Jugendhilfeausschuss stattfand. Im Vergleich zu Oberbayern seien die Zahlen „gut unterwegs“. Das Jugendamt wisse, welche Jugendhilfe die richtige sei.

Frau Keller sichert KR Reinhard Oellerer zu, die Antworten zu seinen Anfragen

1. zur Kostenstelle 203 Demografie: Unterschreitung um 460.688 € und
2. zum Kostenträger 1373 (Büchergeld): „Wie viel wir jährlich vom Staat erhalten?“

dem Protokoll als ‚Protokollnotiz‘^{1 2} anzuhängen.

Der Landrat stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Die überplanmäßige Ausgabe auf der Kostenstelle 204 (Beschulung / Ausbildung Asyl) in Höhe von 135.425 € wird genehmigt.

Dem Kreis- und Strategieausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

- 1. Die überplanmäßigen Ausgaben auf der Kostenstelle 114 (Sport und Gastschüler) in Höhe von 650.556 € wird genehmigt.**
- 2. Die überplanmäßigen Ausgaben auf der Kostenstelle 835 (Realschule Vaterstetten (ZV, Umlageanteil LK) in Höhe von 330.410 € wird genehmigt.**



einstimmig angenommen

Ja 15
Nein 0

TOP 4 Humboldt-Gymnasium Vaterstetten; Antrag der Schule vom 28.09.2017 auf einen zusätzlichen Veranstaltungsraum im Zuge der Erweiterung

2018/3090/1

11/2

Vorberatung

Kreistag am 23.10.2017, TOP 4ö
LSV-Ausschuss am 13.03.2018 TOP 4 ö

An der Beratung nahmen teil:

Hubert Schulze, SG 11, Bildung und IT
Rüdiger Modell, Schulleiter Humboldt-Gymnasium Vaterstetten

Der Landrat erläutert, dass der LSV-Ausschuss in seiner Sitzung am 13.03.2018 hier zu einem einstimmigen Beschluss gekommen sei. Er begrüßt Herrn Modell, Schulleiter des Humboldt-Gymnasiums und übergibt ihm das Wort.

Herr Modell erläutert kurz seinen Antrag auf einen zusätzlichen Veranstaltungsraum und schildert die momentane schwierige und beengte Situation bei Veranstaltungen. Der derzei-

Protokollnotiz:

¹ **Demografie-Unterschreitung:** Die restliche Unterschreitung resultiert aus den Kostenträgern 2020 Gleichstellungsstelle und 2040 Bildungsregion. Die Planung 2017 erfolgte für diese Kostenträgern noch auf der 203.

Für 2020 Gleichstellungsstelle wurden 15.000 € eingeplant, die Buchungen erfolgten aber im Jahr 2017 auf Kostenstelle 205 (15.775 €).

Für 2040 Bildungsregion wurden 131.715 € eingeplant, die Buchungen erfolgten aber im Jahr 2017 auf Kostenstelle 119 (8.386 €).

Die Unterschreitung von 139.783 € stellt praktisch die tatsächliche Abweichung dar, wenn bei der Planung bereits die Organisationsänderung berücksichtigt gewesen wäre. Die Einsparung resultiert auf einige Personalveränderungen, die nicht zeitnah nachbesetzt werden konnten (80.000 €) in Folge des fehlenden Personals entstanden auch Einsparungen bei den Sachmitteln.

² **Büchergeld:** In 2017 hat der Landkreis 197.295 € für alle 9 Schulen erhalten.

Der Landkreis bekommt pro Schüler eine Pauschale ausbezahlt. Grundlage für 2017 waren die Schülerzahlen zum 01.10. bzw. 20.10.2016.

tige Raum biete für nur ca. 260 Personen Platz und dies bei über 1.500 Schülern. Ebenso sei keine permanente Veranstaltungstechnik vorhanden. Diese müsse jedes Mal auf-/abgebaut und ausgeliehen werden. Der Vorschlag der Verwaltung sei aus Sicht der Schule eine gelungene und elegante Möglichkeit hier eine Lösung zu finden.

Herr Schulze erläutert anhand einer Präsentation (Anlage 2 zum Protokoll) die drei Varianten der Veranstaltungsfläche und der Erweiterung sowie den Beschluss, zu dem der LSV-Ausschuss gekommen sei.

Der Landrat bedankt sich für die Präsentation und erklärt, dass es sich hier um keinen „Bürgersaal“ der Gemeinde Vaterstetten handle. Allerdings könne der Veranstaltungsraum auch für das örtliche Vereinsleben außerhalb der Schulzeiten genutzt werden.

Herr Schulze beantwortet Fragen aus dem Gremium.

Der Landrat stellt, analog zum LSV-Ausschuss, den Beschlussvorschlag in der Variante 3 zur Abstimmung.

Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

1. Das Humboldt-Gymnasium Vaterstetten wird um folgende Flächen erweitert:

7 Klassenräume à 66 m²

4 Ausweichräume à 60/66 m²

6 Lehr- und Nebenräume der Naturwissenschaften

7 IT-Räume/1 Nebenraum

2 Lernlandschaften à 150 m²

2. Dem Kreis- und Strategieausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

- 1. Im Rahmen der Erweiterung des Humboldt-Gymnasiums Vaterstetten soll ein Multifunktionssaal mit Nebenräumen errichtet werden.**
- 2. Die zusätzlichen Flächen von rund 400 m² sollen zusammen mit der weiteren Halleneinheit im Erd-/Untergeschoß des Erweiterungsbaues realisiert werden.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Planungen voranzutreiben.**
- 4. Die weitere Halleneinheit wird von der Warteliste gestrichen.**



einstimmig angenommen

Ja 15
Nein 0

KRin Bianka Poschenrieder erkundigt sich, wie durch die Aufstockung die Lichtverhältnisse der Räume im angrenzenden Bau gelöst würden. Herr Schulze erklärt, dass dies eine Not-treppe, WCs und einen Pausenraum betreffe. Klassenzimmer gingen dadurch nicht verloren.

KR Dr. Wilfried Seidelmann erkundigt sich nach möglichen Zuschüssen durch den Status ‚Seminarschule‘. Herr Schulze erklärt, dass es hierfür leider keine Zuschüsse gebe, da das Raumprogramm den tatsächlichen Bedarf der Schulen (Räume für JAS/SaS, Seminarschule) nicht widergebe.

KR Toni Ried erkundigt sich, auf welcher Grundlage die Kosten errechnet wurden. Herr Schulze teilt mit, dass die Liegenschaftsverwaltung die Kubatur errechnet habe; zu den Kos-ten könne er nicht mehr sagen.

KRin Susanne Linhart erkundigt sich, was mit dem Pavillon nach Bauabschluss passiere. Herr Schulze erklärt, dass der Bedarf plus Gebäude im wahrsten Sinne des Wortes „erledigt“ sei und er wegkomme, ebenso die Container.

Auf die Nachfrage von KR Reinhard Oellerer, ob bei den Mehrkosten von 5,5 Mio. (bei zwei Beschlüssen) der Joker ‚moderne Lernformen‘ gezogen werden müsse, bestätigt dies Herr Schulze. Das Raumprogramm sei beantragt. Es gelte dann für drei Jahre. Im künftigen Raumprogramm werden für die jeweiligen Fachschaften Bandbreiten vorgegeben, innerhalb derer man die Raumausstattung planen könne. Er habe bisher dazu noch nichts Schriftliches erhalten.

Der Landrat korrigiert, die Mehrkosten betragen letztlich 1,3 Mio. € für Ebersberg in der vor-geschlagenen Variante.

Der Landrat stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Der SFB-Ausschuss anerkennt den zusätzlichen Raumbedarf.

Dem LSV-Ausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Dem Kreis- und Strategiausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Im Zuge der Sanierung soll der Verwaltungstrakt der Dr.-Wintrich-Realschule um eine weitere Etage aufgestockt werden. Die Kosten für die Sanierung des Verwaltungstrakts erhöhen sich dadurch von 4,5 Mio. € auf 5,8 Mio. € brutto.



einstimmig angenommen

Ja 15
Nein 0

TOP 6	Demografiekonzept des Landkreises; Umsetzung der Planungsvariante 3
-------	---

2017/3016

Vorberatung

KSA-Ausschuss am 07.05.2012, TOP 8
 KSA-Ausschuss am 03.12.2012, TOP 3
 KSA-Ausschuss am 29.04.2013, TOP 18
 SFB-Ausschuss am 01.07.2015, TOP 6
 Kreistag am 29.02.2016, TOP 3
 SFB-Ausschuss am 30.06.2016, TOP 4
 SFB-Ausschuss am 04.10.2017, TOP 8

An der Beratung nahmen teil: Christian Salberg, Abteilungsleitung 6, Jugend, Familie, Demografie

Der Landrat bedankt sich bei Herrn Salberg und Herrn Specht sowie deren Team für die gute Arbeit. Hier habe der Landkreis etwas Einzigartiges. Das Szenario 3 sei die am besten geeignete Umsetzungsvariante des Demografiekonzeptes.

Die Vorteile des konstanten Personalschlüssels, sowie die moderate Kostenentwicklung überwiegen den Umstand, dass einige Projekte verspätet zur Ursprungsplanung oder im zweijährigen Rhythmus stattfinden.

Gemäß Vorschlag sollte der Neueingebürgerten-Empfang nur alle zwei Jahre stattfinden, hier korrigiere er den Vorschlag insofern, dass der Empfang wie bisher jährlich stattfinden solle. Ansonsten fänden die Projekte -wie im Herbst festgelegt- statt.

Projekt	Fachbereich
Homepage Demografie	Übergreifend
Flyer Team Demografie	Übergreifend
Imagefilm Pflegeberufe	Gesundheitsregion
Fachtag Gesundheitsregion	Gesundheitsregion
Projekt Kindergesundheit in Institutionen	Gesundheitsregion
Demenzaktionstag „Bauernhof“	Gesundheitsregion
Unternehmerpreis 2018	Familie
Pädagogischer Fachtag	Familie
Projekte „Leichte Sprache“	Inklusion
Infotag Betriebe	Inklusion
Anschaffung mobile barrierefreie Toilette	Inklusion
Imagekampagne Ehrenamt	Ehrenamt
Gewinnspiel Ehrenamtskarte (geplant als Ehrenamtspreis)	Ehrenamt
Ehrenamtsempfang	Ehrenamt
Ehrenamtskarte	Ehrenamt
Fachvortrag Wohnen im Alter	Senioren
Wohnraumberatung	Senioren
Aufsuchende Hausbesuche (präventive Hausbesuche)	Senioren
Weiterführung ehrenamtl. Dolmetschernetzwerk	Integration
Neueingebürgerten-Empfang	Integration
Willkommensflyer	Integration

Herr Salberg zeigt eine Übersicht:

Demografiekonzept - Übersicht

	Szenario 1	Szenario 2	Szenario 3
Umsetzung bis	2020	2025	2023
Vorteile	<ul style="list-style-type: none"> Projekte werden analog des bestehenden Demografiekonzepts umgesetzt 	<ul style="list-style-type: none"> Projekte werden jedes Jahr durchgeführt 	<ul style="list-style-type: none"> Kostengünstigstes Szenario Kein neues Personal
Nachteile	<ul style="list-style-type: none"> Steigendes Personal Sehr hohe Kosten 	<ul style="list-style-type: none"> Steigendes Personal Umsetzung der letzten Projekte erst 2025 	<ul style="list-style-type: none"> Einige Projekte werden nur alle 2 Jahre durchgeführt (dadurch aber geringere Kosten)
FAZIT	Umsetzung nicht realistisch	Langfristiges Szenario mit jährlicher Umsetzung aller Projekte	Realistisches Szenario ohne Personalaufstockung mit überschaubaren Kosten

KR Reinhard Oellerer erkundigt sich zum Projekt „Imagefilm Pflegeberufe“ ob dieser speziell auf den Landkreis zugeschnitten sei oder die Produktion bereits von anderen durchgeführt wurde. Ihm sei vor allem die Qualität des Films wichtig. Herr Specht erklärt, die Idee sei, einen eigenen Film vom Landkreis mit der Situation des Landkreises zu drehen. Es seien hierfür 3.000 € im Haushalt veranschlagt und die Nutznießer sollen sich daran beteiligen.

Der Landrat stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

1. Der SFB-Ausschuss genehmigt die Umsetzung des Demografiekonzeptes nach Szenario 3, hierfür stehen 2018 insgesamt 485.519 € zur Verfügung.
2. Der Umsetzungsplan wird im Rahmen zukünftiger Sitzungen des SFB-Ausschusses angepasst, sofern mehr als zwei neue oder kostenintensive Projekte von mehr als 80.000 € pro Kalenderjahr initiiert werden.



einstimmig angenommen

Ja 15
Nein 0

TOP 7 Tätigkeitsbericht der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten 2017

2018/3094

Vorberatung

SFB-Ausschuss am 05.10.2016, TOP 2nö
KSA-Ausschuss am 10.10.2016, TOP 14.1ö
Kreistag am 24.10.2016, TOP 4.2ö
SFB-Ausschuss am 04.10.2017, TOP 19ö

An der Beratung nahmen teil:

Christine Niederreiter, ehrenamtliche Behindertenbeauftragte
Joachim Specht, Abt. 6, Team-Leitung Demografie

Frau Niederreiter erläutert den Tätigkeitsbericht 2017 anhand einer Präsentation (Anlage 4 zum Protokoll).

Auf Wunsch stellt sich Frau Niederreiter kurz dem Gremium vor.

Herr Specht erklärt wie wichtig die Trennung von Frau Niederreiter als Behindertenbeauftragte zur Inklusion sei. Frau Niederreiter baue durch die Einzelfallberatung persönliche Kontakte auf, während die Inklusionsbeauftragte Frau Prommersperger mehr für den Bedarfsplan (Zahlen, Fakten) zuständig sei.

KR Rolf Jorga regt an, die Behindertenparkplätze in die Wheelmap mitaufzunehmen.

KRin Renate Will verweist auf den Satz „Inklusion beginne in den Köpfen“, sie schlage daher auch eine beratende Tätigkeit in den Ausbildungsbetrieben und in beruflicher Bildung vor.

Frau Niederreiter erläutert in welche Richtung die Einzelfallberatung geht. Die Beratung in den Ausbildungsbetrieben würde noch kommen, sie würde diese als Schwerpunkt festsetzen.

Der Landrat stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

- 1. Der SFB-Ausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht zur Kenntnis.**
- 2. Der SFB-Ausschuss bestätigt Frau Christine Niederreiter in ihrem Amt und bestellt sie unbefristet als ehrenamtliche Behindertenbeauftragte für den Landkreis Ebersberg.**
- 3. Der nächste Tätigkeitsbericht von Frau Niederreiter folgt turnusmäßig in der Frühjahrssitzung 2019.**



einstimmig angenommen

Ja 15
Nein 0

TOP 8	Jobcenter Ebersberg; Jahresbericht
--------------	---

2017/2983

TV / Jahresbericht Jobcenter

An der Beratung nahmen teil:

Anna Maria Esterl, Jobcenter Ebersberg

Benedikt Hoigt, Jobcenter Ebersberg

Frau Esterl und Herr Hoigt erläutern den Sachverhalt anhand einer Präsentation (Anlage 5 zum Protokoll) zu folgenden Themen:

1. Leitlinien des Jobcenters
2. Arbeitslosigkeit im SGB II
 - a. Arbeitslosenquote / Arbeitslosenbestand
 - b. Bedarfsgemeinschaften
 - c. Integrationen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse; 2017
 - d. Zusammenfassung Arbeitsmarkt / Kundenstruktur
3. Kosten der Unterkunft 2017 / 2018
4. Strategietag „FLUCHT“ am 3. März 2018
5. Digitalisierung im Jobcenter

Folgende Punkte werden angesprochen:

Auf die Nachfrage von KRin Dr. Renate Glaser, ob es Anträge samt Erläuterungen auch in „einfacher Sprache“ gebe erklärt Frau Esterl, verschiedene Formulare werden derzeit neu aufgelegt. Diese in „einfacher Sprache“ zu halten dauere noch, aber es sei ein Ziel.

KR Reinhard Oellerer spricht das Thema Existenzminimum und Sanktionen an sowie das noch ausstehende Urteil des Bundesverfassungsgerichtes.

KR Dr. Wilfried Seidelmann empfiehlt den Mitarbeitern des Jobcenters, aufgrund eigener Erfahrungen, direkten Kontakt mit den Arbeitgebern aufzunehmen.

KR Vincent Kalnin erkundigt sich, wie mit selbstbestimmten Nichtarbeitern verfahren werde. Frau Esterl erklärt, dass jeder Verantwortung für sein Leben trage. Von Seiten des Jobcenters würden Angebote im Rahmen der Mitwirkungsverpflichtung gemacht.

Der SFB-Ausschuss nimmt den Jahresbericht des Jobcenters zur Kenntnis.

TOP 9	Stationäres Hospiz für den Landkreis Ebersberg; Antrag CSU-FDP-Kreistagsfraktion vom 25.10.2017
-------	--

2017/3002/1

Vorberatung

KSA-Ausschuss am 13.11.2017, TOP 10ö

An der Beratung nahmen teil:

Joachim Specht, Abt. 6, Teamleitung Demografie

Andreas Bohnert, Caritas Zentrum Ebersberg

Herr Specht führt kurz in den Sachverhalt der Sitzungsvorlage ein.

Der Sachverhalt wurde zunächst im Kreis- und Strategieausschuss besprochen, nachdem der nächste SFB-Ausschuss erst im März 2018 tagt und der Antrag damit nicht innerhalb, des von der Geschäftsordnung für politische Anträge vorgesehenen Zeitrahmens, von drei Monaten vom zuständigen Fachausschuss behandelt werden konnte.

Im Rahmen der KSA-Sitzung vom 13.11.2017 wurde folgender Beschluss gefasst:

1. *Der Antrag der CSU-FDP-Fraktion im Kreistag vom 25.10.2017 wird weiterverfolgt und dem SFB-Ausschuss am 21.03.2018 zur Beratung vorgelegt.*
2. *Die Verwaltung wird beauftragt, einen Bedarfs- und Kostenplan nach Rücksprache mit allen Akteuren der Gesundheitsregion Plus zu erarbeiten.*
3. *Mögliche Kooperationen mit entsprechenden Trägern und Einrichtungen sind zu prüfen.*

Die Verwaltung habe sich entsprechend dieses Beschlusses mit dem Geschäftsführer des Caritaszentrum Ebersberg, Herrn Andreas Bohnert, getroffen und den Sachverhalt inhaltlich beraten. Herr Bohnert leitet im Rahmen der Gesundheitsregion^{plus} die Projektgruppe „Hospiz“.

Das Caritaszentrum Ebersberg wäre grundsätzlich bereit, ein stationäres Hospiz im Landkreis Ebersberg in Trägerschaft zu übernehmen.

Die Verwaltung stimme dem Antrag inhaltlich zu. Für die Refinanzierung eines stationären Hospizes sei jedoch das Ergebnis des neuen Krankenhausplans des Freistaates Bayern von

entscheidender Bedeutung. Da dieses Ergebnis noch nicht vorliege, sei die Erstellung eines seriösen Kostenplans derzeit nicht möglich. Die Verwaltung empfehle dem SFB-Ausschuss daher das Ergebnis des Krankenhausplans zunächst abzuwarten.

Herr Bohnert erläutert die Möglichkeit eines stationären Hospizes im Landkreis anhand einer Präsentation (Anlage 6 zum Protokoll).

Herr Bohnert könne sich aufgrund der aktuellen Versorgung als Standort den südwestlichen Landkreis vorstellen.

KRin und Antragstellerin Marina Matjanovski erläutert den Antrag der CSU-FDP-Kreistagsfraktion unter dem Grundsatz: „Den letzten Tagen mehr Leben geben“.

KR Rolf Jorga erläutert kurz den gesetzlichen Rahmen über Art und Umfang, sowie Sicherung der Qualität der stationären Hospizversorgung. Er regt an, dieses Gesetz im ganzen Landkreis anzuwenden. Dieser Palliativgedanke solle auch in vollstationäre Pflegeeinrichtungen umgesetzt und entsprechendes Personal gewonnen werden. Ebenso müssten die Hausärzte entsprechend geschult werden.

Das Gremium ist sich einig, dass ein stationäres Hospiz im Landkreis eine gute Ergänzung zur palliativ-medizinischen Versorgung in der Klinik (Verweildauer maximal 14 Tage) und SAPV darstelle. Allerdings werde auch das Problem des Fachkräftemangels gesehen und besonders in einem Hospiz bedarf es eines besonders qualifizierten Pflegepersonals.

Herr Bohnert bestätigt, dass die Kasse gemäß SGB V nur zahle, wenn die Qualitätsmerkmale erfüllt seien.

Auf die Nachfrage von KRin Bianka Poschenrieder erklärt Herr Bohnert, derzeit werde noch von einem Schlüssel von 60 Hospiz- und Palliativbetten je 1 Mio. Einwohner ausgegangen. Dieser Bedarfsschlüssel soll aber angepasst werden, daher habe die Caritas einen Ausnahmeantrag gestellt.

KRin Renate Will beantragt zu Punkt 1 des Beschlussvorschlages das Wort „grundsätzlich“ zu streichen.

KR Reinhard Oellerer erkundigt sich, inwieweit sich das Gremium mit diesem Beschluss festlege, was der Landrat verneint.

Der Landrat stellt den angepassten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

- 1. Dem Antrag der CSU-FDP-Kreistagsfraktion vom 27.10.2017 wird zugestimmt.**
- 2. Für die weitere Beratung wird zunächst das Ergebnis des Krankenhausplans des Freistaates Bayern für 2018 abgewartet.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, anschließend gemeinsam mit der „Projektgruppe Hospiz“ der Gesundheitsregion^{plus} einen Konzeptentwurf auszuarbeiten und diesen dem SFB-Ausschuss vorzulegen.**



einstimmig angenommen

Ja 14
Nein 0

TOP 10 Erweiterung des Angebots der Pflegeausbildung im Landkreis Ebersberg;
Antrag CSU-FDP-Kreistagsfraktion vom 25.10.2017

2017/3003/1

Vorberatung

KSA-Ausschuss am 13.11.2017, TOP 9ö

An der Beratung nahmen teil:

Jochen Specht, Abt. 6, Teamleitung Demografie

Peter Huber, Pflegedirektor Kreisklinik Ebersberg

Christian Salberg, Abteilungsleitung 6, Jugend, Familie, Demografie

Herr Specht führt in den Sachverhalt kurz ein. Die CSU-FDP-Fraktion beantragt mit Schreiben vom 25.10.2017 die Prüfung, ob eine Erweiterung des bestehenden Angebots der Pflegeberufsausbildung im Landkreis Ebersberg in folgenden Bereichen möglich sei:

- a) Etablierung der Pflegeberufsausbildung „Krankenpflegehelfer/-in“ (zurzeit absolvieren die Schüler aus dem Landkreis Ebersberg den theoretischen Part dieser Berufsausbildung in Erding und die Praxis in der Kreisklinik Ebersberg).
- b) Angebot eines Bachelorstudiengangs Pflege mit dem Abschluss „Bachelor of Science (B.Sc.)“ in Kooperation der bestehenden Pflegeberufsschule mit einer Fachhochschule.
- c) Weitere Aus- und Fortbildungsangebote für Pflegeberufe.

Die Verwaltung des Landratsamtes, als auch die Kreisklinik Ebersberg sehen keine Möglichkeit, eine spezielle Fachschule für Krankenpflegehilfe bereits zum Schuljahr 2018/2019 einzurichten. Hierfür stehen aufgrund der gegebenen räumlichen Struktur der Berufsfachschule weder Klassenräume noch Lehrkräfte zur Verfügung. Auch das Kultusministerium sehe aktuell keinen Bedarf für eine Förderung einer Schule für Krankenpflegehilfe, nachdem die umliegenden Schulen derzeit über ausreichende Aufnahmekapazitäten verfügen.

Im Zuge der künftigen generalistischen Ausbildung zur Pflege (Zusammenführung der Berufe Krankenpflege, Kinderpflege und Altenpflege) zu einem Pflegeberuf, sei derzeit davon auszugehen, dass diese Entwicklung auch die Ausbildung der Kranken- und Altenpflegehilfe betreffe.

Die Kreisklinik beabsichtige in ihren neuen Schulräumen eine Kranken- und Krankenpflegehilfeschule einzurichten. Bei entsprechender Planung könne dieses Vorhaben im Schuljahr 2019/2020 realisiert werden. Außerdem ergeben sich durch die Generalisierung der Ausbildungen im Bereich der Pflege für den Landkreis Ebersberg voraussichtlich weitere Ausbildungsplätze an der Caritas Fachschule in Altenhohenau, für deren Erschließung von der Verwaltung bereits konkrete Vorschläge im Rahmen der Gesundheitsregion^{plus} eingebracht wurden.

Das Angebot eines Bachelorstudiengangs Pflege mit dem Abschluss „Bachelor of Science“ in Kooperation mit der Fachhochschule Rosenheim sei bereits von Seiten der Kreisklinik konzipiert und werde spätestens zum Schuljahr 2019 umgesetzt.

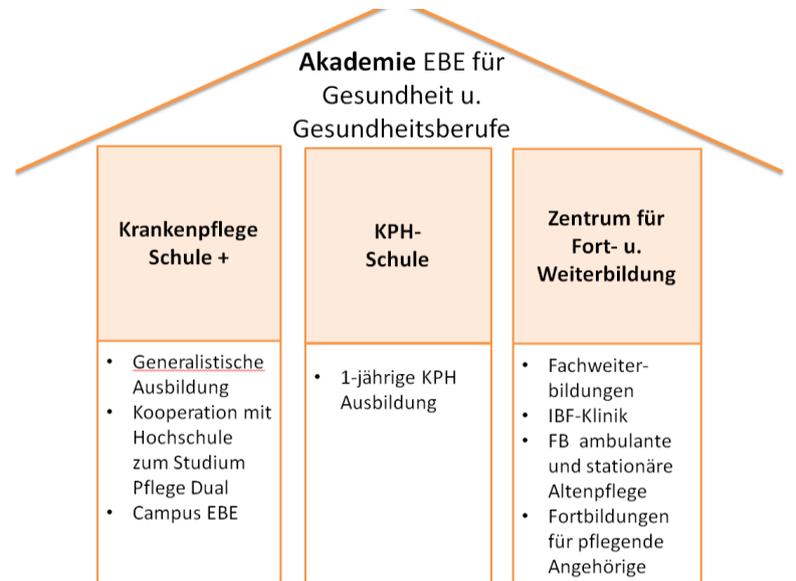
Die Verwaltung habe mit Herrn Peter Huber, Pflegedirektor der Kreisklinik und Leiter der Projektgruppe „Fachkräftegewinnung medizinisches Personal“ im Rahmen der Gesundheitsregion^{plus} den Sachverhalt der Sitzungsvorlage inhaltlich beraten. Die Projektgruppe habe eine landkreisweite Befragung durchgeführt, deren Ergebnisse Herr Huber in einer Präsentation (Anlage 7 zum Protokoll) u.a. vorstellt.

Die Empfehlung von Herrn Huber laute:

- Berufsfachschule für Krankenpflegehilfe (Jahr 2020)

- Studium Pflege dual an der Berufsfachschule (Jahr 2019)
- Fort- und Weiterbildungsangebote (Jahr 2020)

Anschließend eine Darstellung, wie Herr Huber sich die Akademie EBE für die Zukunft vorstellen könnte:



Folgende Punkte werden vom Gremium angesprochen:

- Derzeit haben die Schulabgänger mit einem Qualifizierenden Abschluss keinen Zugang zur Krankenpflegeschule (KRin Marina Matjanovski).
- 33 % der pflegenden Angehörigen seien nicht gut informiert (KR Rolf Jorga).
- Die Schulen aufsuchen, um die Schüler für diese Berufe zu motivieren; z.B. durch Aufzeigen der möglichen Weiterbildungen, sicherer Arbeitsplatz etc. (KR Rolf Jorga).
- Gesundheitsregion^{plus} „demonstriert“ für höhere Gehälter der Pflegenden (KRin Renate Will).
- Im Beschlussvorschlag müsse die Weiterbildung ebenfalls mitaufgenommen werden (KRin Renate Will).
- Die Krankenpflegehelferschule sei eine Ausbildungsperspektive für die Mittelschule (KRin Renate Will).
- Von Seiten der Antragssteller besteht die Sorge, dass der Beschlussvorschlag durch Vortreiben der Ausbildungsplätze in der Fachschule Altenhohenau, sich zu weit von ihrem Antrag entferne. Die Krankenpflegehelfer sollen im Landkreis ausgebildet werden (KRinnen Marina Matjanovski und Renate Will).
- Das Wort „Umzug“ suggeriere, dass bereits ein Gebäude vorhanden sei. Die Gesundheitsregion^{plus} müsse die Klinik bei der Umsetzung des Projektes „der Einrichtung einer Krankenpflegehelferschule in die neuen Räumlichkeiten in Ebersberg“ fachlich unterstützen (KR Dr. Wilfried Seidelmann).
- Durch Einfügen von „bis dahin“ im Beschlussvorschlag könne es als sogenannte Übergangslösung gewertet werden (KRin Dr. Renate Glaser).

Herr Huber teilt mit, dass die Ausbildung in der Fachschule Altenhohenau bisher dreijährig und ab 2020 generalisiert sei.

Herr Neugebauer fügt die Änderungen entsprechend der Diskussion ein und ergänzt den Beschlussvorschlag, mit Einverständnis des Gremiums, um die Punkte 3 und 4. Der Landrat stellt den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

1. Die Gesundheitsregion^{plus} wird beauftragt, die Kreisklinik bei der Umsetzung des Projektes, der Einrichtung einer Krankenpflegehelferschule in die neuen Räumlichkeiten in Ebersberg fachlich zu unterstützen. Die Gesundheitsregion^{plus} wird aufgefordert, bis dahin die Erschließung der Ausbildungsplätze an der Caritas-fachschule in Altenhohenau voranzutreiben.
2. Die Gesundheitsregion^{plus} nimmt das Thema Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote für Pflegeberufe in die Frühjahrssitzung des Gesundheitsforums (18.04.2018) auf die Tagesordnung und stellt der Projektgruppe „Fachkräftegewinnung medizinisches Personal“ für das Jahr 2019 einen geeigneten Unterstützungsbetrag zur Verfügung.
3. Der Ausschuss stellt positiv fest, dass der Bachelorstudiengang ‚Pflege‘ bereits konkret geplant ist.
4. Dem Antrag der Fraktion CSU-FDP vom 25.10.2017 ist damit vollumfänglich entsprochen.



einstimmig angenommen

Ja 8
Nein 0

TOP 11	Gesamtkonzept zur Hilfe für Frauen und Kinder mit Gewalterfahrung; a) Antrag Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.01.2018 b) Antrag der SPD Kreistagsfraktion vom 13.02.2018 c) Initiative des Frauennotrufs vom 11.12.2017
--------	--

2018/3084

An der Beratung nahmen teil: Marion Wolinski, SG-Leitung 22, Sozialhilfeverwaltung, Asyl

Der Landrat stellt den Beschlussvorschlag zu diesem TOP vor und bittet das Gremium, trotz der vorgerückten Stunde, noch zu beschließen.

Denn durch diesen Beschluss werde die Verwaltung beauftragt, einen Runden Tisch zur Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes „Hilfe für Frauen und Kinder mit Gewalterfahrung“ einzuberufen. Die Arbeitsergebnisse sollen dann bereits im SFB-Ausschuss am 05.07.2018 vorgestellt werden. Die Diskussion könne dann in der Julisitzung erfolgen.

Auf Nachfrage von KRin Bianka Poschenrieder teilt der Landrat mit, dass von jeder Fraktion ein Teilnehmer benannt werden kann. Die Verwaltung werde auf die Fraktionen zukommen.

Der Landrat stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

1. Der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 14.01.2018 und der Antrag der SPD Kreistagsfraktion vom 13.02.2018 werden gemeinsam behandelt. Die aufgeworfenen Fragen werden zusammen mit Vertretern der Politik und der Verwaltung, mit den Akteuren vor Ort (hauptamtliche Kräfte des Frauenhauses Erding, des Frauennotrufes Ebersberg sowie der Polizei) und mit Dritten (Vertreter der Ärzte und Vereine) erörtert. Die Ergebnisse fließen in ein Gesamtkonzept „Hilfe für Frauen und Kinder mit Gewalterfahrung“ ein.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den unter 1. genannten Akteuren einen Runden Tisch zur Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes „Hilfe für Frauen und Kinder mit Gewalterfahrung“ einzuberufen.
3. Die Verwaltung berichtet über die Arbeitsergebnisse des Runden Tisches im SFB-Ausschuss am 05.07.2018.
4. Der Frauennotruf Ebersberg kann zum nächstmöglichen Zeitpunkt den Stellenumfang seiner hauptamtlichen Mitarbeiter um 30 Stunden erhöhen. Der Landkreis übernimmt ab dem Zeitpunkt der Neueinstellung diese zusätzlichen Personalkosten im Rahmen von überplanmäßigen Ausgaben.



einstimmig angenommen

Ja 8
Nein 0

TOP 12	Bekanntgabe von Eilentscheidungen
--------	-----------------------------------

keine

TOP 13	Informationen und Bekanntgaben
--------	--------------------------------

TOP 13.1	Finanzierungsvereinbarung Frauenhaus Erding
----------	---

Der Landrat teilt dem Gremium mit, dass die Finanzierungsvereinbarung zum 01.03.2018 abgeschlossen sein musste, so dass eine Behandlung im heutigen SFB-Ausschuss nicht mehr möglich war. Gemäß Beschluss des Kreis- und Strategieausschuss vom 05.02.2018 wurde er bevollmächtigt, die im Entwurf vorliegende Vereinbarung zur Finanzierung des Frauenhauses Erding abzuschließen.

Der Landrat erklärt: Aufgrund der vorgerückten Stunde werden die weiteren Informationen dem Protokoll beigelegt.

Der Landrat stellt fest, dass es keine nichtöffentlichen Themen gibt und schließt die Sitzung um 19:25 Uhr.

Weitere Information zur Finanzierungsvereinbarung Frauenhaus Erding:

Die Vereinbarung aus dem Jahr 1995 zwischen den Landkreisen Erding/Freising/ Ebersberg wurde zum 31.12.2017 vom Landkreis Freising gekündigt.

Es war somit eine neue Vereinbarung notwendig, wobei die beiden Landkreise Ebersberg und Erding bereits im Januar 2017 vereinbart haben, die Kooperation zu zweit fortzusetzen.

Grundsätzlich wurden von Erding drei Hilfesäulen angeboten

- Frauenhaus
- Interventionsstelle
- Frauennotruf

Wir sahen hier nur den Bedarf im Bereich Frauenhaus, der Rest werde im Landkreis über den Frauennotruf abgedeckt.

Die Kosten werden künftig zwischen Erding und Ebersberg je zur Hälfte aufgeteilt.

Der Landkreis habe mit dem neuen Träger einen jährlichen Zuschuss von maximal 85.000 € vereinbart. Die erste Anpassung erfolge frühestens nach zwei Jahren.

Jährliche Gesamtkosten werden in Höhe von maximal 50.000 € erwartet.

Der einstimmige Beschluss des Kreis- und Strategieausschusses am 05.02.2018 lautet wie folgt:

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

1. Der Landrat wird bevollmächtigt, die im Entwurf vorliegende Vereinbarung (Anlage 4 zum Protokoll) zur Finanzierung des Frauenhauses Erding abzuschließen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den SFB-Ausschuss in seiner nächsten Sitzung am 21.03.2018 über die Finanzierungsvereinbarung zu informieren.
3. Die Verwaltung wird im Verlauf des Jahres 2019 im SFB-Ausschuss einen Erfahrungsbericht abgeben.
4. Der Landrat wird beauftragt, dem Landkreis Erding klar zu kommunizieren, dass der Landkreis Ebersberg in wichtigen Grundsatzfragen einbezogen werden möchte.

TOP 13.2	Investitionskostenförderung der ambulanten Pflegedienste; Bericht des Runden Tisches
----------	--

Information zur Investitionsförderung der ambulanten Pflegedienste, Bericht des Runden Tisches:

Der Runde Tisch traf sich am 21.02.2018 mit folgenden Teilnehmern:

- Herr Landrat Niedergesäß
- Vertreter der Verwaltung und Politik

- *ARGE Wohlfahrt*
- *Kreisverband der Ärzte*
- *Kreisklinik Ebersberg*
- *Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V.(BPA)*

In dieser Runde gab es die Möglichkeit, die jeweilige Sichtweise zu diesem Thema darzulegen.

Ein entscheidender Punkt war die Aussage von Frau Bittner (AWO), dass die Förderung 1:1 beim Bürger/zu Pflegenden ankomme. Gäbe es keine Förderung, müssten die Kosten auf die Bürger umgelegt werden. Viele Leute könnten sich dann eine Pflege nicht mehr leisten.

Die Verwaltung werde noch einmal die Möglichkeiten prüfen, ob es diesbezüglich nicht Alternativen gebe; dann werde der Runde Tisch noch einmal tagen.

TOP 13.3	Zweckverband Realschule Vaterstetten; Protokoll der Sitzung vom 23.11.2017
----------	--

2018/3078

Die öffentliche Niederschrift der 11. Sitzung des Zweckverbandes „Realschule Vaterstetten“ vom 23.11.2017 ist dem Protokoll beigelegt (Anlage 8 zum Protokoll).

TOP 14	Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
--------	---

keine

TOP 15	Anfragen
--------	----------

keine

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.